

# „Baugrund zu spät untersucht“

*Marienschulhof: SPD kritisiert den Bürgermeister*

■ **Verl** (NW). „Die Untersuchung des Baugrundes an der Marienschule erfolgte zu spät und am Anfang nicht gründlich genug.“ Das ist nach Auffassung der Verler SPD eine der Erkenntnisse aus der Sonder-sitzung des Rates Ende vergangener Woche. Dies sei auch der Grund für die Bauverzögerungen, schreibt Fraktionschef Peter Heethey in einer Presseerklärung. Die Umgestaltung des Pausenhofes der Grundschule hatte eigentlich schon in den Sommerferien abgeschlossen werden sollen. Die Baustellen-situation sei von den Verantwortlichen angesichts früherer Munitionsfunde auf dem Schulgelände falsch eingeschätzt worden, so Heethey.

Die Sozialdemokraten kritisieren zudem die Art und Weise, wie Verwaltungschef Paul Hermreck in der Sitzung mit dem Thema umgegangen ist. „Wenn der Bürgermeister im Nachhinein die Angelegenheit ins Lächerliche zieht, ist dieses Verhalten nicht zuträglich, ihm bei kritischen Ereignissen Vertrauen zu schenken.“ Wie berichtet hatte Hermreck in der Sitzung der SPD „Effekthascherei“ unterstellt und die geringe Gefährdung durch die Weltkriegsgranaten mit dem Hinweis beschrieben, der Mitarbeiter des Kampfmittelräumdienstes habe sich die Granaten „unter den Arm geklemmt, auf den Pritschenwagen gelegt und zur Entsorgung weggefahren“. Dass seit 1961 mehrfach Mörsergranaten auf dem Schulhof gefunden wurden, hatte Hermreck mit dem Hinweis kommentiert: „Das ist eben 'ne Bombenschule“.

Nach Auffassung der SPD hat die Ratssitzung, an der auch Vertreter der für die Kampf-mittelräumung zuständigen Bezirksregierung Arnsberg teilnahmen, zu der Erkenntnis geführt, dass die gefundene Munition „latent gefährlich“ war. „Bei entsprechender mechanischer Einwirkung, z.B. durch einen Kinderspaten aus Metall,

konnte nicht ausgeschlossen werden, dass eine Granate hoch geht. Der Kampfmittelräumdienst der Bezirksregierung Arnsberg geht bei solchen Funden mit der gebotenen Sorgfalt vor, da keiner im Vorfeld Gefährdungen ausschließen kann“, heißt es in der Erklärung von SPD-Fraktionschef Heethey.

Die Informationspolitik des Bürgermeisters bezeichnet Heethey als „mangelhaft“. Aller spätestens nach dem Munitionsfund vom 16. September hätte der Bürgermeister die Öffentlichkeit und den Rat über die neuerlichen Funde umfassend informieren müssen. Denn: „Zum einen hat sich durch die weiteren Waffenfunde gezeigt, dass die vorherigen Untersuchungen unzureichend waren. Zum anderen ist es die

---

## »Keine Courage, Fehleinschätzung einzugestehen«

---

Aufgabe des Bürgermeisters, die Öffentlichkeit, im Besonderen die Eltern der Marienschule und den Rat zu informieren.“ Hermreck habe die Gelegenheit zur Information in der Ratssitzung am 29. September ungenutzt verstreichen lassen.

„Dies wäre die Pflicht des Bürgermeisters gewesen. Bei einer Baumaßnahme handelt es sich zwar um ein so genanntes ‚Geschäft der laufenden Verwaltung‘, bei wiederkehrenden Waffenfunden mit einem latenten Gefahrenpotenzial besteht aber eine besondere Situation, die eine Informationspflicht der Bürger und des Rates auslöst.“

Die SPD schließt aus diesem Verhalten, der Bürgermeister habe die Öffentlichkeit weitestgehend außen vor lassen wollen. „Dies zeigt, dass mangelndes Vertrauen gegenüber der Öffentlichkeit besteht und der Bürgermeister nicht die Courage besitzt, eigene Fehleinschätzungen einzugestehen.“